Senat und Humboldt-Uni: Islam-Institut kommt auf jeden Fall

4. April 2018

Berlin (KNA) Trotz der Probleme mit der Zusammensetzung des Beirats halten Berliner Senat und Humboldt-Universität (HU) an der geplanten Gründung eines Instituts für Islamische Theologie fest.

Es werde „auf jeden Fall kommen“, erklärte Wissenschaftsstaatssekretär Steffen Krach (SPD) am Dienstag in Berlin.

Nach HU-Angaben hat bisher jedoch nur die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden den Kooperationsvertrag paraphiert. Ursprünglich war vereinbart, dass die fünf Islamverbände, die für den Beirat vorgesehen sind, bis zum 1. April bekanntgeben, ob sie dem Vertragstext zustimmen.

Demnach steht eine Entscheidung der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib), des Zentralrats der Muslime, der Islamischen Föderation und des Verbands der Islamischen Kulturzentren noch aus. Wie die HU bestätigte, will Krach am 13. April mit den Vertretern der Verbände „zu einem klärenden Gespräch“ zusammentreffen. Der Staatssekretär betonte zugleich, die jüngsten Änderungsvorschläge einiger Verbände zur Entscheidungsfindung im Beirat seien für den Senat „nicht tragbar“. Das Gremium hat vor allem Einfluss auf die Berufung von Hochschullehrern.

Laut einem Bericht des Berliner „Tagesspiegel“ (Dienstag) wollen der deutsch-türkische Moscheeverband Ditib, die Islamische Föderation und der Verband der Islamischen Kulturzentren, dass drei Verbände die Entscheidungen des Gremiums blockieren können. Die HU besteht dagegen darauf, dass Entscheidungen des Beirats mit Zwei-Drittel-Mehrheit fallen müssen.

Die HU erklärte, ungeachtet der weiteren Gespräche mit den fünf Verbänden würden alle weiteren Möglichkeiten einer Zusammensetzung des Beirats geprüft. Berliner CDU und Grüne forderten bereits, dass in dem Gremium auch liberale Islamverbände vertreten sein müssten. Nach der jüngsten Entwicklung forderten die Grünen am Dienstag einen „Neustart“: „Ein Rat der Moscheegemeinden nach dem Vorbild der Hamburger Schura könnte legitimierte Vertreterinnen und Vertreter in den Beirat schicken.“

Der Gründungsbeauftragte des Instituts, Michael Borgolte, hatte die Einladung der konservativen Islamverbände mit dem Argument verteidigt, dass vor allem sie Träger von muslimischen Einrichtungen in Berlin seien und damit als Arbeitgeber infrage kämen. Im Islam-Institut sollen die Absolventen in Bachelor- und Master-Studiengängen eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung erhalten, die sie zu einem Einsatz als Imame oder Religionslehrer qualifiziert. Gegenwärtig werden diese Stellen in Berlin in der Regel mit Theologen besetzt, die im Ausland ausgebildet wurden.

Die ungeklärte Beiratsfrage hat nach HU-Angaben bereits zur Folge, dass das Institut frühestens zum Wintersemester 2019/20 seinen Lehrbetrieb aufnehmen könnte. Damit würde Berlin der sechste universitäre Standort in Deutschland, an dem islamisch-theologische Studien angeboten werden.

(KNA – skokn-89-00129)

Stand: 16. November 2026